

Mitschrift der BI-Dell zur Sitzung des Ausschusses für Klima und Umwelt

Heute am 10.11.2015 tagte der Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) der Stadt Aachen u. a. zum Thema **FNP-Änderung 106** und **neuer BP 922 in Haaren** an der Charlottenburger Allee.

Hier macht ein Investor zurzeit Druck, um auf Teile einer ca. 2,5 ha großen Ackerfläche auf sehr schützenswerten Böden zugreifen zu können, auf der er für seinen Betrieb eine Erweiterung für 54 Arbeitsplätze (neue?) in Form eines mehrstöckigen Hauses über einen VEP errichten will.

Die diesbezüglichen gesetzlich erforderlichen Umweltberichte des Umweltamtes der Stadt Aachen zur FNP-Änderung und zum BP raten beide unmissverständlich von einer Bebauung der Äcker aus einer Vielzahl von Umweltgesichtspunkten ab.

Demgegenüber versucht die Verwaltungsvorlage aus dem Umweltamt für den AKU allerdings mit z.T. haarsträubenden Argumenten doch noch eine Bebauung in Form eines „kleinstmöglichen gemeinsamen Nenners“ zu befürworten. So ist es laut Aussagen des Umweltamtsleiters nicht möglich, die Beschlussempfehlung auf den bestehenden Tatsachen "Ackerland auf besten Böden" aufzubauen, sondern man müsse aus "rechtlichen" Gründen so tun, als wäre der bereits seit über 30 Jahren bestehende Bebauungsplan auch umgesetzt worden, obwohl er das nicht ist, denn sonst wäre hier kein Acker mehr. Dementsprechend müssten die Stadt und der Bauherr auch keinen Ausgleich ausführen. Als Grund wurde u.a. angegeben, dass der "neue "Bebauungsplan" umweltverträglicher sei als der "alte", obwohl dieser überhaupt nicht ausgeführt worden ist!

Geht's noch?

Welch ein trauriger Versuch, es sich trotz gegenteiliger Faktenlage dennoch nicht mit der Politik und dem Investor verderben zu wollen. Das ist eine Verleugnung der eigenen Aussage. Ein derartiger Vorschlag zu einer Beschlussverzerrung wäre sicherlich auch nicht die Aufgabe des Umweltamtes gewesen. Das eindeutige Statement hätte gereicht und den Rest

hätte das Bauamt und die Politik im Planungsausschuss nach der Methode von Pontius Pilatus selber klären bzw. entscheiden müssen.

Aber alles nur um des lieben Frieden Willens, also wie bisher? Nein danke!

Diese Rechtsauffassung wird von uns nicht getragen. Wenn hier aufgrund massiver Umplanungen eine FNP-Änderung erforderlich wird, dann bedeutet dies, dass der "alte" Bebauungsplan keine Rechtskraft mehr besitzen kann und aufgehoben werden muss, da er auf einem andern FNP-Eintrag basiert. Also handelt es sich um eine Neuplanung.

Wir fragen uns demgegenüber: "Was soll das?" Wenn die umweltrelevanten Fakten gegen eine Bebauung sprechen, dann ist das so, basta! Zumal aus unserer Sicht ein Umweltbericht an den Anfang einer Planung gehört und nicht ins laufende Verfahren, so wie wir es auch in unseren Stellungnahmen zur Richtericher Dell gefordert haben.

Normalerweise rufen wir ihn hier nicht an, aber: "**Gott sei Dank**" kamen von der CDU und den Linken klare Forderungen und deutliche Kritik an dieser widersprüchlichen Beschlussvorlage. Wir als BürgerInnen haben in den Ausschusssitzungen ja leider Redeverbot.

Das Argument des Drucks durch den „Investor“ empfand Herr Corsten (CDU) dann auch als Totschlagargument im Klima und Umweltausschuss, dem er sich nicht beugen wolle. Herr Corsten bemerkte, dass in diesem Bereich auch der „neue“ FNP 2030 AC keine Umwidmung vorsähe und im weiteren Umfeld aber andere Flächen zur Umwidmung anstünden, was logisch nicht nachvollziehbar sei. Er fragte dementsprechend ob hier noch schnell etwas durchgeboxt werden solle?

Frau Lürken und Herr Corsten von der CDU bemerkten beide beschwörend, "dass sie noch nie über einen solch mageren Bebauungsplan ohne verbindliche Unterlagen nach dem Prinzip: "Wünsch dir was" hätten abstimmen müssen und auch nicht daran dächten, so etwas in Zukunft zu machen."

Auch Herr Hoffmann von den „Linken“ wies auf den Zwiespalt zwischen der Empfehlung der Umweltberichte: „nicht zu bauen“ und dem Vorschlag der Beschlussvorlage: „doch zu bauen“ hin. Zudem fragte er ob es ein Gewerbeflächen-Monitoring gäbe, aus dem man ersehen könnte, warum diese Fläche so dringend zu bebauen sei.

Von der Verwaltung wurde geantwortet, dass es seit 2004 solch ein Monitoring gäbe, aus dem hervorginge, dass die städtischen Flächen für Gewerbebebauung nur noch ca. 5 Jahre reichen würden; von privaten Reserven sprach er nicht. Das erinnert an die Frage nach den innerstädtischen Leerständen. Die Aussage zum Monitoring ist aus unserer Sicht natürlich sehr interessant. Ein Politiker fragt eigentlich nur danach, wenn auch er -wie wir- ein solches Monitoring nicht kennt. Hier ist dringend die Offenlage dieser „geheimen“ Daten zu fordern, da der „neue“ FNP 2030 AC völlig andere Darstellungen zum Bedarf und zum Vorrat an Gewerbeflächen macht und uns vor der gähnenden Leere in Avantis und dem Gewerbepark Brand ein dringender Bedarf nicht augenscheinlich ist.

Gratulation an die in die Diskussion eingetretenen Ausschussmitglieder, besser hätten wir von der **Bi-Dell** das Alles auch nicht sagen können.

Seltsamerweise gab es keine anderslautenden Wortmeldungen, so dass man gespannt sein muss, wie der Planungsausschuss am 19.11.2015 damit umgehen wird. Anscheinend bröckeln die Reihen der braven Jasager, die sicherlich eine solche Vorlage unkritisch akzeptiert hätten.

Herr Wingefeld versuchte dann die Diskussion wieder etwas zu glätten, indem er meinte, dass es in den Ausschüssen keine Totschlagargumente geben sollte, weder auf der einen noch auf der anderen Seite.

Das wurde zwar formell gewürdigt aber der anschließende Versuch des Ausschussvorsitzenden noch einen geglätteten Beschluss vorzuschlagen scheiterte kläglich. Folgerichtig wurde aufgrund des nachdrücklichen Insistierens der CDU der Beschluss letztendlich vertagt.

Man wundert sich, dass es keine Totschlagkriterien geben solle. Die Aussage, von einer Bebauung abzusehen ist ein sachlich begründetes Argument von dieser Fläche abzusehen. Wer sich nicht daran hält, der schlägt die Sachlichkeit politisch tatsächlich tot; eine andere Form von Totschlagkriterium, das einfach Ursache und Wirkung vertauscht.

Wie heißt es doch so weise: „Wo Politik und Recht kollidieren, verliert normalerweise das Recht“.

Die Teilnahme an dieser Veranstaltung war für uns sehr lehrreich.

Da die Verhältnisse in der Richtericher Dell noch viel krasser sind, als sie sich schon in Haaren darstellen, sind wir mal gespannt, wie es bei uns in Richterich weiter geht. Hoffentlich werden sich bei uns der Umweltbericht und die daraus resultierende Empfehlung nicht so verbiegen, wie hier.

Wir solidarisieren uns mit der Bezirksvertretung Haaren und den dortigen schützenswerten Böden.